

Erscheint alle 14 Tage
Wochens. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Wochen für die bezug-
gehaltene Postzeit
20 Pfg.
Wochens. 15 Pfg.
Obersprecheranzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Nr. 49/50

Berlin, den 11. Dezember 1931

42. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postsendungen sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 39321 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Fernsprechamt
Alexander 4719

Wirtschaftsentwicklung muß Kulturentwicklung sein.

So sehr auch in unserer Zeit die verschiedenartigsten Einzelfragen wirtschaftlicher Natur die Gemüter beschäftigen und nicht selten heftig erregen, wer sich bemüht, aufmerksam den Streit des Tages zu verfolgen, wird deutlich als jemals früher merken, daß es um viel mehr geht, als um Einzelnes und Alltägliches. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob es möglich und richtig sein wird, nach den allen kapitalistischen Wirtschaftsgrundsätzen weiterzuarbeiten. Die wirtschaftlichen Störungen sind so groß und treten so allgemein auf in der Welt, daß die Frage nach dem Wie und Warum dieser Hemmungen und Unstimmigkeiten sich fast jedem aufdrängt. Es ist anscheinend etwas anderes, als daß sich von je her ziemlich regelmäßig wiederholende Auf und Ab in wirtschaftlichen Geschehen. Je länger der Weg durch Niederungen führt, desto stärker wird der Zweifel an der Richtigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Kann denn unter solchen Umständen überhaupt noch von „Ordnung“ gesprochen werden? Ist nicht vieles Zufall und Willkür, was im kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen zu beobachten ist? „Ordnung“ fehlt doch voraus, daß ein leitender Wille und eine unverrückbare sittliche Grundfähigkeit den Dingen Sinn und Ziel gibt. Wo eine getragene, durchdachte, dem Naturgeschehen und Naturwollen angepaßte „Ordnung“ herrscht, können kaum so viele und verhängnisvolle Fehler und Mängel auftreten, wie gegenwärtig in der privaten kapitalistischen Wirtschaft. Soll die Menschheit sich nun auch in Zukunft ruhig weiterreiben lassen im Strom des Bestehenden und des Herkömmlichen, obgleich Wissenschaft, Technik und Organisation wohl Zweckmäßigeres, Vernünftigeres, Schöneres an die Stelle dessen setzen könnten, was ist? So fragen heute nicht bloß mehr die Arbeiter, die am meisten unter den offensichtlich großen Fehlern der Gegenwart leiden.

Die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsgrundsätze fordern um so nachdrücklicher die hemmungslose Wirtschaftsdiktatur, je mehr es in wirtschaftlichen Tiefen geht und je dunkler die Wirtschaftszukunft aussieht. Der Kapitalismus könne sich nicht auswirken; er werde von sozialen Kräften daran gehindert, die ihm innewohnende auf- und weiterbauende Kraft zu entfalten. So sagt man. Es sei kein Grund vorhanden, an der werkschaffenden Eigenschaft der privatkapitalistischen Wirtschaft zu zweifeln. Aber die freie, persönliche Tatkraft sei heute weitgehend gebunden. Darum fordert man ungehemmte Bewegung- und Handlungsfreiheit. Dann würden wieder größere Wirtschaftswerte entstehen, und allen ginge es besser, nicht nur den Kapitalisten selbst.

Die Machthaber der privaten Wirtschaft glauben dem Rad der Zeit in die Speichen fallen zu müssen. Und doch ist es nicht im geringsten zweifelhaft, daß die Entwicklung vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herrtum, fortschreiten muß zum Gemeinheitsstimm und gemeinnützigen Wollen zum Wohle aller. Der Kapitalismus vergangener Zeiten ist heute schon deshalb unmöglich, weil er im Begriff steht, sich zum Monopolismus zu entwickeln. Wo ist die vielgerühmte Freiheit des einzelnen Unternehmens geblieben! Sie ist vom Kapital selbst vernichtet worden. Was wollen die Bindungen des Staates bedeuten gegen die Bindungen, die sich die Wirtschaft selbst auferlegt!

Keiner, ungehemmter, privatwirtschaftlicher Kapitalismus ist etwas Hartes, Kaltes, Rücksichtsloses, Gewalttätiges. Es ist nicht zu leugnen, daß er die Lebensgrundlagen und Lebensbedingungen der Menschheit verbessert hat. Aber doch nicht aus sich heraus. Die unterdrückte und ausgebeutete Arbeiterschaft mußte sich erst vereinigen und sich vereint gegen die rücksichtslose Gewalttätigkeit des Kapitalismus zur Wehr setzen, bis auch sie wenigstens einen bescheidenen Nutzen vom allgemeinen Wirtschaftsfortschritt hatte. Und oft mußte sich Staatsmacht gegen die Macht des Kapitals wenden, weil von dieser Macht ein sittlich nicht zu rechtfertigender Gebrauch gemacht wurde. Rein, der Kapitalismus ist nicht aus sich heraus gemeinnützig. Und so kam er den Autokratismen, des Herrenprinzips, was er es auch nicht werden.

Und die wirtschaftliche Fortschrittlichkeit ist mehr eine Folge der verbesserten wissenschaftlichen Erkenntnis und der großen Erfindungen aller Art als der Voraus- sicht, Umsicht und Fassungskraft des Unternehmers, obgleich auch in Deutschland bedeutende Unternehmerpersönlichkeiten sehr Beachtliches geleistet haben. Aber heute ist ja die stärkste Unternehmerpersönlichkeit nicht mehr in dem alten Sinne frei und unabhängig. Eine bleierne Macht des entpersönlichten Kapitals liegt auf der gesamten Wirtschaft. Und darum kann kein wahrer Menschenfreund, der will, daß es allen besser ergehe, wenn Organisation und Technik fortschreiten, wünschen, daß Autokratie das allein herrschende Wirtschaftsprinzip bleibt. Der Kapitalismus in Reinkultur, der Wirtschaftsabsolutismus müßte zur Wirtschaftsdespotie führen, zu einer Wirtschaftsdespotie, wie er im Entstehen begriffen war, als die Arbeiter noch unorganisiert waren. Alle Wirtschaftsentwicklung hat nur dann Sinn und kann auch nur dann Bestand haben, wenn sie gleichzeitig Kulturentwicklung ist. Deshalb muß eine naturbedingte Wirtschaftsentwicklung vom demokratischen Geiste getragen sein. Der Arbeiter unserer Zeit will Wirtschaftsbürger sein, so wie er Staatsbürger geworden ist. Der Wirtschaftsuntertan im Sinne absoluter Abhängigkeit vom Kapital muß der Vergangenheit angehören. Von einem Kulturzustand kann nur dann gesprochen werden, wenn das Naturgesetz der Polarität der Kräfte sich in den herrschenden Lebensverhältnissen auswirken kann.

Die gesamte Arbeiterbewegung fordert heute die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Die Vereine ohne Gewerkschaftscharakter zählen nicht mit, wenn von der größten und bedeutungsvollsten Bewegung aller Zeiten die Rede ist. Die für ihre Menschen- und Kulturrechte kämpfenden Arbeiter haben in der gesamten Welt eine Bewegung entfesselt, die die größte und erfolgreichste Kulturbewegung darstellt, die jemals stattfand. Kultur setzt voraus, daß die Rechte, Werte und Lebensnotwendigkeiten der Persönlichkeit anerkannt, geachtet und gepflegt werden. Es gibt leider noch Arbeiter, die das übersehen, sei es aus Bequemlichkeit, sei es aus Mangel an Selbstbewußtsein oder Mangel an Willenskraft.

Auf die heutige, zum Monopol fortschreitende private Wirtschaft muß sowohl der Staat als auch die Arbeiterschaft — Arbeiterschaft im umfassendsten Sinne verstanden — Einfluß gewinnen. Die notwendige Entwicklung zeigt zweifellos in die Richtung der Demokratie. Jedes Freie, Selbständiger- und Verantwortungsbewußterwerden des Menschen setzt voraus, daß demokratische Grundsätze an Einfluß gewinnen. Es gibt nur diesen Weg zu wahrer und dauerhafter Kultur.

W. S.

Der falsch gesteuerte Wirtschaftsbeirat. Wieder auf allen Wegen.

Von Max Rößiger *).

Die Arbeitnehmervertreter sind im Oktober der Einladung des Herrn Reichspräsidenten gefolgt, mitzubekommen, wie es in dem Brief des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichskanzler unterm 14. Oktober heißt:

„ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen!“

Das Ziel war: „Die Arbeitslosigkeit zu mildern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen.“

Am 22. November hat der Wirtschaftsbeirat seine Arbeiten beendet. Der Reichskanzler mußte in der Schlußsitzung darauf hinweisen, daß in bestimmten Fragen keine einheitliche Auffassung zu erzielen gewesen wäre. Wir haben also das Recht, die Meinungsverschiedenheiten hier klarzustellen.

Das Ziel hätte die Aufnahme eines objektiven wirtschaftlichen Tatbestandes bedingt. Wie steht es um die deutsche Zollpolitik, die Agrarpolitik, und wie steht es um

*) Der Verfasser war als Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsrings Mitglied des Wirtschaftsbeirates.

das Verhältnis zwischen Auslands- und Inlandsmarkt? Diese Probleme haben die Verhandlungen wohl immer durchgeleitet, es ist aber nicht bis zu ihrem Kern vorgedrungen worden. Mit der Verhinderung einer grundsätzlichen Behandlung der Zoll- und Agrarfrage und der monopolistischen Wirtschaftspolitik wurde aus der Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms immer mehr eine Gesehungskostendiskussion, die bestimmte Faktoren als gegeben ansah. Daran sind die Verhandlungen sachlich gescheitert.

Es herrscht eben in der Wirtschaft trotz aller Lehren der letzten 1 1/2 Jahre immer noch die Psychose, eine nochmalige möglichst kräftige Lohn- und Gehaltsenkung werde die Betriebe wieder rentabel machen. Der Inlandsmarkt soll neben der Landwirtschaft nun auch noch die Exportindustrie in großzügiger Weise subventionieren, indem alle in der Inlandswirtschaft gezahlten Löhne und Gehälter an das Lohnniveau in der Exportwirtschaft schematisch angepaßt werden, worauf am liebsten dann eine nochmalige allgemeine Senkung erfolgen soll. Der Export soll so die Hilfsstellung bekommen, um dem englischen Pfundsturz und den neuen englischen Zöllen Paroli bieten zu können. Kein Mensch wird die durch die englischen Vorgänge für die deutsche Exportindustrie geschaffene schwierige Lage verkennen. Das darf doch aber die Vernunft nicht ausschalten und dazu führen, daß man den Inlandsmarkt wie eine Mutter behandelt, die zwei Kinder kräftig ernähren soll und die man zu diesem Zweck auf halbe Kost setzt. Man behauptet, die Preise hätten vorgeleitet. Vorleistungen der Preise (das Ideal einer Krisenüberwindung) müßten doch die gesteigerte Kaufkraft des Masseneinkommens und damit vergrößerte Absatzmöglichkeit ergeben haben. Wo in aller Welt ist aber in Deutschland gesteigerte Massenkraft und vergrößerte Absatzmöglichkeit festzustellen? Seit 1 1/2 Jahren führt man den Feldzug gegen das angeblich zu hohe Arbeitnehmereinkommen, und die Folge ist die katastrophale Verödung der Läden.

Wir tranken daran, daß nur die sogenannten freien Preise der Weltmarktentwicklung annähernd gefolgt sind, daß aber die gebundenen Preise die Gefolgschaft hartnäckig verweigern. Die Kurven der Preise für Steinkohle und Braunkohle sind dabei besonders interessant. Sie zeigen eine Erhöhung im Jahre 1926, verharren dann auf einer Linie bis Ende 1927 und steigen dann unter Ausnutzung der Konjunktur noch einmal, um sich auf der erreichten Höhe bis 1930 zu halten. Erst dann folgt das Wiederabsinken auf die Linie vom 1927, um in jüngster Zeit noch etwas mehr nachzugeben. Gerade im Vergleich sind aber in den Jahren 1925—28 umfassende Rationalisierungsmaßnahmen getroffen, die die Förderquote pro Mann Belegschaft außerordentlich gesteigert haben. Trotzdem eine technisch erfolgreiche Rationalisierung nur in sinkenden Preisen ihre Berechtigung finden kann, hat man in den Konjunkturjahren 1927—28 die Preise sogar noch einmal erhöht und sich bemüht, sie dann so lange wie irgend möglich zu halten. Das ist ein Schulbeispiel für die geradezu verhängnisvolle Wirkung der deutschen Kartellpolitik.

Es ist nicht möglich gewesen, die Mehrheit des Wirtschaftsbeirates von dem ursächlichen Zusammenhang all dieser Tatsachen mit der unaufhörlichen Verschlechterung unserer Lage zu überzeugen. Damit war das magerere Ergebnis der Verhandlungen besiegelt. Wir haben das eindeutig zum Ausdruck gebracht. Es kommt jetzt darauf an, ob die Regierung die Kraft hat, zu ihrem bei Beginn der Verhandlungen ausgesprochenen Wort zu stehen, daß eine weitere einseitige Beeinträchtigung der Kaufkraft unbedingt vermieden werden müßte. Versendet auch die jetzige Aktion wieder in einer Lohn- und Gehaltsenkung, dann ist der letzte Rest des Vertrauens verspielt.

Die Regierung hat sich — wir erkennen das an — bisher den reaktionären Forderungen in bezug auf das Tarifrecht entgegengestellt. Sie will die Unabhängigkeit nicht antasten und auch die Verbindlichkeitsklärung nicht fallen lassen. Die gesamte Reaktion wird das prompt als das wahre Hindernis zur Rettung aus unserer Wirtschaftsnote bezeichnen. In bezug auf die sogenannte Elastifizierung des Tarifvertrages ist der groteske Zustand vorhanden, daß sich Arbeiterfachverständige darüber beklagen mußten, daß die Arbeitgeber für eine vernünftige

Elastifizierung nie etwas übrig gehabt hätten. Im übrigen ist die Frage der Gestalt der Tarifvereinbarungen eine Sache der Parteien, und wir können die Regierung auch nur an dieser Stelle warnen, Gedankenengängen nachzugehen, deren Diskussion wir im Wirtschaftsbeirat strikt ablehnen mußten.

Wir wiederholen, daß wir uns der Aufforderung der Mitarbeit zur Aufstellung eines wirtschaftlich wirksamen und sozial gerechten Wirtschaftsprogramms nicht entzogen haben, weil man sich in einer Zeit, die von solcher allgemeiner Volksnot angefüllt ist, einer derartigen Aufforderung überhaupt nicht entziehen darf. Wir sprechen das aus, obwohl wir von Anfang an die Meinung vertreten haben, daß es dazu der Bildung des Wirtschaftsbeirats angeht, des zur Verfügung stehenden Reichswirtschaftsrates nicht bedürftig hätte. Es wäre auch töricht, die Mitarbeit im Hinblick auf das Ergebnis zu bereuen. Wir haben es angeht, der Mentalität der deutschen wirtschaftsleitenden Kreise zwar ungefähr vorausgesehen. Wenn wir uns aber mit einem Hinweis darauf von vornherein entzogen hätten, wäre uns die Sabotage eines erst gemeinten Versuches der Überbrückung von Gegensätzen vorgeworfen worden. Es wäre ferner ungerade, zu verkennen, daß den Lebensnerv unseres Volkslebens berührende Fragen ernsthaft und mit gutem Willen von allen Seiten diskutiert worden sind. Die allseitige Ueberzeugung, daß Deutschland nicht noch einmal in das Chaos einer Inflation stürzen darf, und daß alle unsere Selbsthilfe nur Ueberbrückungshilfe bis zum Durchbruch der weltwirtschaftlichen Vernunft darstellen kann, sind Pluspunkte. Die Behandlung anderer Fragen, wie Gestaltung der öffentlichen Tarife, die Organisation des Bankwesens, das Wohnungswesen usw. ist in den Anfängen liegengeblieben. Die Mietsenkung wird zwar im Hinblick auf die gesunkenen Einkommen empfohlen; aber es kann kein schnellwirkender Weg gezeigt werden.

Die Regierung hat, und das betrachten wir ebenfalls als Pluspunkt, Gelegenheit gehabt, die Auffassungen der einzelnen Wirtschaftsgruppen in einem Augenblick, der starkes Handeln von ihr verlangt, noch einmal in konzentrierter Form kennenzulernen. Seitens der Arbeitnehmervertreter ist das mit größter Klarheit geschehen. Abstinenz kam in dieser Körperschaft überhaupt nicht in Frage, und darum kam auch von keinerlei Festlegung auf die von der Regierung zusammengestellte Verhandlungswiedergabe die Rede sein. Die Arbeitnehmervertreter haben im Gegenteil wiederholt darauf hingewiesen, daß ihre Mitarbeit an den einzelnen Formulierungspunkten keinerlei Zustimmung zu dem Verhandlungsniederlagen bedeuten könne. Die immer mehr steigenden Bedenken gegen die Entwicklung der Verhandlungen haben die Arbeitnehmervertreter gemeinschaftlich noch besonders dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie in der letzten sachlichen Beratung die Erklärung abgaben, daß sie der Ueberzeugung sind, daß die Beratungen des Wirtschaftsbeirates der unerlässlichen Zielsetzung nicht gerecht geworden seien. Die in den Verhandlungen zum Ausdruck gebrachte Absicht, einzelne Preise zu senken, hätte weder die Möglichkeit einer ausreichenden Senkung der Lebenshaltungskosten, noch den notwendigen Anreiz zur Belebung der Wirtschaft. Es sei deshalb die Befürchtung gerechtfertigt, daß die notwendige Senkung der Lebenshaltungskosten einseitig zu Lasten der Löhne und Gehälter erlöse. Die damit verbundene weitere Schrumpfung der Kaufkraft würde aber in gleicher Weise sozial und wirtschaftlich verhängnisvoll wirken.

Best ist es an der Regierung, das Fazit aus den Verhandlungen zu ziehen, in die wir mit hineingegangen sind, weil wir eben keine kurzfristige Interessenvollstreckung betreiben. Wir sind bereit, über alle wirklichen Möglichkeiten zur Rettung aus dieser Wirtschaftsnote zu sprechen, denn nahezu 5 Millionen Arbeitslose fordern einen Arbeitsort. Aber wir stemmen uns mit aller Kraft gegen Maßnahmen, die uns nur tiefer in die Krise treiben müssen, weil sie an den eigentlichen Kernfragen vorübergehen.

Der Gewerkschaftsring warnt die Reichsregierung.

Der Gesamtvorstand des Gewerkschaftsringes nahm den Bericht seines Vertreters im Wirtschaftsbeirat über Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen entgegen.

Der Gesamtvorstand ist über das Ergebnis der Verhandlungen enttäuscht. Die von der Reichsregierung formulierten Leitätze zeigen, daß man nicht bis zu den Kernfragen der Krise vorgedrungen ist. Solange immer nur einseitig an Lohn und Gehalt herangegangen wird, muß die katastrophale Eskalation des Inlandsmarktes fortsetzen. Wenn der deutschen Wirtschaft nur der Weg eines allgemeinen Senkung aller Gehaltsleistungen bleibt, dann ist eine Durchschiebung Voraussetzung, die mindestens die jetzige Kaufkraft des Arbeitnehmereinkommens erhält. Dieses Ziel wird die Reichsregierung aber nur erreichen, wenn sie den Druck auf alle anderen Lebensleistungsfaktoren ausübt.

Der Gewerkschaftsring erwartet, daß sich die Reichsregierung allen entgegenstehenden Arbeitgeberinteressen verweigert. Es muß von Erfolg der Notverordnungen noch etwas herabgesetzt, vor jeder Fortsetzung der für die Wirtschaft verhängnisvollen Politik der einseitigen Massenbe-

Der Kampf um die Tarifverträge.

Als im Jahre 1868 die Gründung der deutschen Gewerkschaften erfolgte und im Oktober desselben Jahres die Reichsversammlung zur Beratung der Musterstatuten bekannt wurden — Gleichberechtigung, Vereinbarung, Schiedsgericht —, war dies der Grundstein zu unserem heutigen Tarifwesen. 1871 gab der Gewerkschaftsring Normalstatuten für Einigungsämter heraus. Der 9. Verbandstag 1886 in Halle forderte gesetzliche Regelung des Tarifvertrages und die Rechtsverbindlichkeit für alle Beteiligten. Harte Kämpfe mit den Unternehmern und der Regierung mußten geführt werden, um die Gleichberechtigung durchzusetzen. Auch die freien Gewerkschaften lehnten damals den Tarifgedanken ab. Erst am Ende des 18. Jahrhunderts erkannten diese die Tarifregelungen als Beweis der Gleichberechtigung und daher als erstrebenswert an. Allen Schwierigkeiten trotzte der starke Wille der Gewerkschaften. Entbehrungen und Pann wurden ertragen im Ringen um Freiheit und Gleichberechtigung. Um die Jahrhundertwende entstanden die ersten Werkstarife, dann Bezirkstarife und später Reichstarife. Die Großindustrie wehrte sich noch verzweifelt und Ausperrungen mußten herhalten, um die Bewegung wieder zu ersticken. In dieser Zeit faßte der Tarifgedanke in der öffentlichen Meinung als Friedensdokument zur Be-

Das goldne Lachen.

Als mir in goldenen Kindertagen
Das Leben dünkte nur ein Spiel
Hab ich nicht schwer daran getragen
Und mich gequält nicht allzuviel.
Ich nahm die Tage, wie sie kamen
Und wenn sie auch, eh sie vollbracht,
Mir dieses oder jenes nahmen:
Ich hab gelacht!

Auch als in frohen Jugendzeiten
Ins Leben ich hinausgestürmt,
Bot Trotz ich allen Widrigkeiten,
Die mir es in den Weg gestürmt.
Kommt ich sie auch nicht all' bezwingen,
Weil's oftmals schwerer als gedacht,
Ich siegte doch in manchem Ringen:
Und hab gelacht!

Und als das Leben mich geschüttelt
Und mich ganz übel gar zerzaust,
Mich weidlich durch und durch gerüttelt
Wie Wipfel, die der Sturm umbraust,
Hab ich mich wohl in trüben Stunden
Gegrämt ob seiner Niedertracht,
Doch immer mich zurück gefunden:
Und es verlacht!

So will ich's halten bis an's Ende,
Mag es nun bringen, was es will.
Bis einst ich meinen Weg vollende,
Will ich nicht feige halten still.
Das goldne Lachen soll mir bleiben;
folgt jedem Tag auch eine Nacht,
Der neue Tag soll sie vertreiben.
Drum froh gelacht!

endigung der Existenzkämpfe festen Fuß. Auf Grund dieser öffentlichen Meinung begann der Staat statistisches Material zu sammeln. 1905 gab es 1577 und 1912 bereits 10 739 Tarifverträge für mehr als 1 1/2 Millionen Beschäftigte. In der Folge lösten die Bezirks- und Reichstarife die Werkstarife ab. 1928 gab es 8178 Tarife für etwa 12 1/2 Millionen Arbeitnehmer. Bis in die Kriegszeit verlagte der Staat den Tarifverträgen jeden Rechtsschutz. Erst das Hilfsdienstgesetz von 1916 brachte den Staat wiederwillig zu diesen Abmachungen und zur Stellung unter den Schutz der Schlichtungsausschüsse. Im Abkommen der Zentralarbeitsgemeinschaften November 1918 erkannten die Arbeitgeber in Deutschland den Tarifvertragsgedanken ausdrücklich an und im Dezember 1918 erfolgte auch dann die staatliche Anerkennung durch Verordnung. Im März 1928 wurde diese weiter ergänzt. Es fehlt uns heute aber noch ein Tarifvertragsgesetz, um dieses Rechtsgebiet endgültig zu regeln.

Unter den jetzt von den Unternehmern einseitigen Angriffen auf die Tarifverträge ist zur Zeit mit einem solchen Gesetz nicht zu rechnen. Es wird vielmehr der Anspannung aller Kräfte von seiten der Gewerkschaften bedürfen, um den Ansturm abzuwehren. Unmöglich ist der Gedanke, zu Einzelarbeitsverträgen zurück zu kehren. In einem Betriebe von 1000 Arbeitnehmern ist dies schon eine Unmöglichkeit. Ganz abgesehen von den Konzernbetrieben. Wie will der Arbeitgeber den Einzelvertrag abschließen? Nur nach dem Sittat eines von ihm entworfenen Schema. Dies ist dann der gepriesene Einzelvertrag, gegen den sich der einzelne Arbeitnehmer nicht wehren kann und darf, denn dahinter steht keine Gewerkschaft als Schutz. Es kann dann nur wieder heißen: „wer sich nicht fügt, der liegt.“ Jeder Arbeitnehmer mußte sich bewusst sein, daß der heutige Kampf der Arbeitgeber letzten Endes nicht um die Senkung der Tarife

um einige Prozent Lohn geht, sondern ihr Endziel ist die Befestigung der Unabhängigkeit und damit der Wert der Tarife überhaupt.

Es kann für jeden denkenden Kollegen nur ein Ziel geben, Stärkung der Berufsorganisation zur Erhaltung und Festigung der in mehr als 60jähriger Arbeit von den deutschen Gewerkschaften erkämpften „Gleichberechtigung, Vereinbarung (Tarifvertrag), Schiedsgericht“. Gerade die jetzige Krisenzeit muß uns den Ernst unserer Lage als Arbeitnehmer vor Augen führen. Wir wollen nicht zurüch in die bedingungslose Abhängigkeit, sondern freie Staatsbürger bleiben. Deshalb heran an die Ausflüchtungs- und Werbearbeit für Euch und Eure Kinder, zum Wohle der deutschen Volksgemeinschaft.

fr.

Die Auswanderung seit Kriegsende. 860 000 Deutsche verlassen die Heimat.

Im Reichsarbeitsblatt bringt Oberregierungsrat Schmidt, Berlin, beachtenswerte Zahlen über die deutsche Auswanderung seit Kriegsende. Die Gesamtschätzung, zu der der Verfasser kommt, beläuft sich auf rund 860 000 Auswanderer im Zeitraum von 1919 bis 1930. Dieser Strom gliedert sich in die Zweige: Auswanderung nach Uebersee mit 579 247 Personen und Auswanderung über die sogenannten „trockenen“ Landesgrenzen mit etwa 280 000 Menschen innerhalb der gleichen Zeit. (Die letztere Ziffer beruht jedoch mangels exakter statistischer Unterlagen nur auf Schätzung.)

Die Auswanderung nach Uebersee.

In der Vorkriegszeit hat sich die deutsche überseeische Auswanderung nach 1894 niemals wieder über 40 000 Menschen im Jahre gesteigert. Sie betrug im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1913 25 624 Personen. Der Krieg brachte einen fast vollständigen Stillstand. Die Entwicklung in der Nachkriegszeit zeigt folgende Uebersicht:

1919 :	3 223	1926 :	65 280
1922 :	38 527	1927 :	61 379
1923 :	115 416	1928 :	57 241
1924 :	58 328	1929 :	48 734
1925 :	62 705	1930 :	37 085

Von ganz minimalen Größen stieg also die Auswanderungsziffer in einer zuletzt steilen Kurve ständig an, bis sie im Inflationsjahre 1923 nahe an die Zahl des letzten Rekordjahres der Vorkriegszeit, des Jahres 1892 (mit 116 339 überseeischen Auswanderern) heranreichte. Nach dem Schrecken der Inflation war der Auswanderungsdrang zunächst durch die Befestigung der Währung und die Geldknappheit stark eingedämmt. Von 1923 auf 1924 ging allein nach den Vereinigten Staaten die Auswanderung von 92 808 auf 22 475 zurück.

In den folgenden Jahren spielen vor allem zwei Momente, die einander entgegenwirken, eine Rolle. Es wächst seit 1926 unter dem Druck der Arbeitslosigkeit wieder die Tendenz zur Auswanderung. Aber diesem Streben fehlt in zunehmendem Maße die Möglichkeit, sich zu verwirklichen. Nicht nur macht sich auch jetzt wieder die Geldknappheit hemmend bemerkbar, sondern es sinkt vor allem ständig die Aufnahmebereitschaft der überseeischen Länder. Das gilt vor allem für das Hauptwanderungsziel, die Vereinigten Staaten (die vor allem die sogenannten „Verwandtenauswanderung“ aufnehmen). Die Einwanderungssperre der U.S.A. macht sich bereits in den Jahren 1929 und 1930 in scharfen Rückschlägen bemerkbar. Die volle Auswirkung dieser Sperre ist allerdings erst im laufenden Jahre zu erwarten; während 1930 der Monatsdurchschnitt noch über 3000 Personen betrug, ging er in den ersten drei Monaten des Jahres 1931 schon auf weniger als 1000 zurück. Inzwischen war auch die Aufnahmebereitschaft zunächst der südamerikanischen, dann der anderen überseeischen Zielländer in ständiger Schrumpfung begriffen.

Ziele der Auswanderung.

Von der gesamten deutschen Ueberseewanderung nahmen auf:

Nordamerika	429 601	—	74,06 v. H.
U. S. A.	405 768	—	70,05 „ „
Kanada	23 233	—	4,01 „ „
Südamerika	126 788	—	21,89 „ „
Brasilien	556 270	—	9,72 „ „
Argentinien	46 195	—	7,97 „ „
Mittelamerika	4 599		
Afrika	10 514		
Asien	444		
Australien	640		

Auswanderungsgebiete. — Auswanderungsurachen.

Von den Auswanderern nach Uebersee ließ sich bei 542 777 der Herkunftsort feststellen. (In dieser Statistik schneiden jedoch die großen Hafenstädte wahrscheinlich ungerechtfertigt ungünstig ab, weil bei ihnen nicht immer exakt letzter Herkunftsort und bloße Durchwanderung unterschieden werden konnten.) Von der Gesamtziffer stammen aus:

Preußen	47,77	v. H.
Bayern	15,04	
Württemberg	9,01	
Baden	7,25	
Sachsen	6,12	
Hamburg	5,47	

Anderes sieht das Bild aus, wenn man die Zahl der Auswanderer auf je 100 000 Einwohner berechnet. Dann ergibt sich:

auf 100 000 Einwohner	
Bremen	382
Hamburg	312
Württemberg	197
Baden	164
Sachsen	149

Die übrigen Länder zeigen Ziffern zwischen 33 und 77 auf 100 000 Einwohner. Von den preussischen Provinzen weisen prozentual besonders starke Auswanderung auf:

auf 100 000 Einwohner	
Schleswig-Holstein	165
Rheinland-Pfalz	165
Hannover	143
Brandenburg mit Berlin	116

Zorcht man nach den Ursachen dieser Heimatmüdigkeit, so findet man bei Württemberg den Mangel an Lebensraum für die bäuerliche Bevölkerung auf dem flachen Lande; ebenso für Baden. Dies Motiv gilt auch noch für Sachsen, wo jedoch die Arbeitslosigkeit in der Industrie stark hinzutritt. In Berlin und Westdeutschland ist die jeweilige Arbeitsmarktlage als Hauptursache für die Auswanderung anzunehmen. Anders liegt es wieder bei den preussischen Provinzen mit ländlichem Charakter, die ein verhältnismäßig starkes Kontingent zur Auswanderung stellen; hohe Bodenpreise, Mangel an Geld für Neusiedlung (zweite und dritte Bauernsöhne!), Unrentabilität der Landwirtschaft, unzulängliche Landarbeiterverhältnisse spielen hier eine besondere Rolle.

Die Schichtung der Auswanderer.

Als wichtigstes: Die Frauenauswanderung ist in starker Zunahme begriffen. 1913 betrug der Frauenanteil an der Auswanderung 33,9 v. H.; 1928 bis 1930 waren es jedesmal zwischen 46 und 48 v. H. War vor dem Kriege die Auswanderin auf eigene Faust (ohne Eltern oder Ehegatten) eine Ausnahmeerscheinung, so scheint sich dies inzwischen geändert zu haben, denn 75 v. H. aller weiblichen Auswanderer waren berufstätig und nur ein Viertel berufslos. Die alleinlebende berufstätige Frau wandert mithin heute offenbar in stärkerem Maße aus als die Ehefrau oder Tochter, die den Schutz des Gatten oder des Vaters genießen.

Bei 478 567 Auswanderern ließ sich die Berufszugehörigkeit feststellen. Danach waren die verschiedenen Berufsgruppen mit folgenden Hundertsätzen an der Auswanderung beteiligt:

Land- und Forstwirtschaft	25,86
Bergbau, Industrie, Gewerbe	38,84
Handel und Verkehr	17,05
Häusliche Dienste, wechselnde Lohnarbeit	13,64
Freie Berufe, öffentliche Dienste	3,58
Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege	1,03

Bergbau und Industrie bilden demnach ständig die stärkste Gruppe. Nur einmal, im Jahre 1924, rückte die Landwirtschaft mit 31,9 v. H. an die erste Stelle. Sonst steht sie beständig an zweiter und stellt jährlich mehr als ein Viertel des Auswandererkontingents. Eine genauere Analyse ergibt ferner, daß die deutsche Auswanderung in starkem Maße eine solche der Facharbeiter ist.

Zum Schluß noch eine Bemerkung über die Altersschichtung: die stärkste Gruppe wird von den 14- bis 30-jährigen gebildet. Sie stellt mehr als die Hälfte des ganzen Kontingents, nämlich 55,44 v. H. (Dies gilt für beide Geschlechter.) Dann folgen:

30 bis 50 Jahre	25,45 v. H.
unter 14 Jahre	11,79 v. H.
über 50 Jahre	4,28 v. H.

Die ganze Uebersicht macht ziemlich eindringlich deutlich, daß es oft die kräftigsten, tüchtigsten und durchaus nicht die wertlosesten Menschen sind, die sich zu dem Entschluß durchringen, die Heimat zu verlassen.

Die Tarifverträge im Holzgewerbe gekündigt.

Zeit Jahrzehnten sind der 15. November und der 15. Februar in der Geschichte des deutschen Holzgewerbes bedeutsame Tage. Bei Abschluß eines Tarifvertrages hat man als Ablaufstermin meist den 15. Februar gewählt. Da eine vierteljährige Kündigung vorgesehen ist, müssen am 15. November die Verträge gekündigt werden, wenn dieselben am 15. Februar ihr Ende erreichen sollen.

Nun ist es eine Tatsache, daß bei einem reaktionären Vorstoß der gesamten Arbeitgeberverbände, die Unternehmer der Holzindustrie nicht fehlen dürfen. Auch diese wollen diese schwere Zeit der wirtschaftlichen Krise nicht vorüber gehen lassen, bevor sie sich der angeblichen Fesseln des Tarifvertrages entledigt haben. So sind die Arbeitgeberverbände der deutschen Holzindustrie auch dazu übergegangen, die Verträge am 15. November zum 15. Februar 1932 zu kündigen.

Bis zum Jahre 1929 standen zentrale Vertragsabschlüsse im Vordergrund. Der für das deutsche Holzgewerbe am 3. Juni 1929 zentral vereinbarte Mantel-tarifvertrag war am 15. Februar abgelauten und hatte damit die Periode der zentralen Vertragsregelung ihr Ende erreicht. An die Stelle der zentral vereinbarten Verträge traten Orts- oder Bezirksverträge, einzelne Gebiete blieben vertragslos. Soweit es möglich war, Verträge abzuschließen, wurden sie auf der Grundlage des alten Mantelvertrages abgeschlossen, die vorgenommenen Änderungen waren nicht wesentlicher Natur.

Bei der jetzigen Kündigung der Verträge sind irgend welche Wünsche seitens der Unternehmer nicht laut geworden, man wird demnach abwarten müssen, wie die

Dinge sich weiter gestalten werden. Auf jeden Fall erscheint es zweckmäßig, in den eigenen Reihen Umschau zu halten und die Kollegen auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen.

Hauptergebnisse der zweiten amtlichen Lohnerhebung im Holzgewerbe.

(Schluß.)

Musikinstrumentenbau.

In der Musikinstrumentenindustrie sind die Verhältnisse denen der Bau- und Möbelfabrikerie angepaßt, ja meist noch ungünstiger. Die Zahl der Betriebe, wie auch die Zahl der Beschäftigten ist wesentlich zusammengedrumpft. Die amtliche Erhebung erstreckt sich auf 360 Orte mit 67 Betrieben und 2310 Beschäftigten.

Im gewogenen Durchschnitt aus allen erfaßten Vertragsgebieten betragen die Stunden- und Wochenverdienste sowie die Wochenarbeitszeiten im März 1931 verglichen mit März 1928:

Arbeitergruppe und Lohnform (männl. und weibl. Arbeit. üb. 22 Jahre)	Durchschnittlicher Stundenverdienst		Durchschnittliche Wochenarbeitszeit		Durchschnittlicher Bruttowochenverdienst	
	März 1928	März 1931	März 1928	März 1931	März 1928	März 1931
	RM	RM	Std.	Std.	RM	RM
Männl. Arbt. Facharbeiter im Zeitlohn	118,7	122,6	103,3	43,5	39,8	91,5
i. Stücklohn	133,9	126,0	94,1	41,5	34,7	83,6
Angl. Arbeit. im Zeitlohn	91,1	95,9	105,3	47,8	38,2	79,9
Hilfsarbeiter im Zeitlohn	90,7	98,0	108,0	44,4	40,2	90,5
Weibl. Arbt. Facharbeiter i. Stücklohn	77,9	74,9	96,1	37,3	29,2	78,3
Angl. Arbeit. im Zeitlohn	62,4	65,8	105,4	44,9	38,5	85,7
i. Stücklohn	76,4	67,6	88,5	30,3	34,7	88,3

Trotz der besonders schwierigen Lage des Musikinstrumentenbaus sind die durchschnittlichen Stundenverdienste der Zeitlohnarbeiter von März 1928 bis März 1931 gestiegen. Das dürfte im wesentlichen mit der Erhöhung der tarifmäßigen Stundenlöhne in der Zeit nach März 1928 in Zusammenhang stehen. Die Stundenverdienste der Stücklohnarbeiter sind im Gesamtdurchschnitt bei allen Gruppen zurückgegangen (um 5 bis 12 v. H.). Am schärfsten kamen die Schwierigkeiten des Musikinstrumentenbaues in der geringen Arbeitszeit zum Ausdruck, die nur bei den männlichen Hilfsarbeitern im Zeitlohn durchschnittlich 40 Stunden je Woche erreichte, während z. B. weibliche Facharbeiter im Zeit- und Stücklohn durchschnittlich nur 28 bis 29 Stunden in der Woche arbeiteten. Die Bruttowochenverdienste waren demgemäß im März 1931 durchweg niedriger als vor drei Jahren. Im allgemeinen ergaben sich für Stücklohnarbeiter größere Ausfälle als für Zeitlohnarbeiter.

In den Vertragsgebieten, für die im März 1931 ein tarifliches Lohnabkommen bestand, entsprach die Entwicklung der Stundenverdienste der männlichen Facharbeiter und Hilfsarbeiter im Zeitlohn von März 1928 bis März 1931 der gleichzeitigen Entwicklung der Tariflöhne (Erhöhung um rund 5 v. H.). Die durchschnittlichen Stundenverdienste im Stücklohn sind bei den männlichen Facharbeitern und den weiblichen Angelernten stärker gesunken (um 5,9 und 14,3 v. H.) als die tarifmäßigen Aufordrissätze (um 0,3 und 2 v. H.); bei den weiblichen Facharbeitern beträgt der Rückgang 4,9 v. H., obgleich der tarifmäßige Aufordrissatz sich hier um 5,9 v. H. erhöht hat. Dementsprechend wurden die tarifmäßigen Stundenverdienste im Stücklohn entweder in geringerem Maße überschritten als im März 1928 (männliche Facharbeiter, weibliche Angelernte) oder nicht unerheblich unterschritten (weibliche Facharbeiter im Stücklohn), während vor drei Jahren eine beträchtliche Ueberschreitung vorlag.

Vertragsgebiete mit tarifmäßigem Lohnabkommen (März 1931).

Arbeitergruppe und Lohnform (männl. und weibl. Arbeit. üb. 22 Jahre)	März 1928			März 1931		
	Stundenverdienst (ausl. d. tarifl. Aufordrissätze)	Tarifm. Aufordrissatz	Stücklohn	Stundenverdienst (ausl. d. tarifl. Aufordrissätze)	Tarifm. Aufordrissatz	Stücklohn
Männl. Arbt. Facharbeiter im Zeitlohn	120,2	107,8	111,5	126,6	113,2	111,7
i. Stücklohn	141,1	128,5	109,8	132,8	127,8	103,9
Angl. Arbeit. im Zeitlohn	90,6	91,9	98,6	89,6	92,4	97,1
Hilfsarbeiter im Zeitlohn	97,1	94,1	103,2	102,1	98,9	103,2
Weibl. Arbt. Facharbeiter i. Stücklohn	81,4	76,0	107,1	77,4	80,5	96,1
Angl. Arbeit. im Zeitlohn	63,0	57,8	109,0	69,6	61,8	112,8
i. Stücklohn	82,0	68,3	120,1	70,3	66,9	105,1

Der Vergleich mit den Vorkriegsverdiensten kann auch im Musikinstrumentenbau unter den bekannten Vorbehalten nur für männliche Facharbeiter durchgeführt werden, und zwar hier nur für Zeit- und Stücklohn

zusammen. In den 36 Orten, die von der Erhebung für den März 1931 erfaßt worden sind, betrug der durchschnittliche Stundenverdienst der Facharbeiter im Jahre 1913 61,6 Pfg. und der entsprechende Wochenverdienst 33,47 M. Stellt man diesen Beträgen die entsprechenden Ergebnisse vom März 1931 (124,2 Pfg. Stundenverdienst, und 46,24 M. Wochenverdienst) gegenüber, so ergibt sich eine nominelle Steigerung der Stundenverdienste um 101,6, und der Wochenverdienste um 38,2 v. H. Nach Abzug der Lohn-(Einkommen-)Steuer und der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer verbleibt ein Nettowochenverdienst von 31,60 M. im Jahre 1913 und von 40,63 M. im Jahre 1931, was einer prozentualen Steigerung um 28,6 v. H. entspricht. Wird mit Hilfe der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten die Verteuerung der Lebenshaltung ausgeschaltet, so ergibt sich für den März 1931 ein Realwochenverdienst der Facharbeiter im Musikinstrumentenbau von 29,51 M. Dieser Satz entspricht einer Kaufkraftminderung gegenüber der Vorkriegszeit (31,60 M.) um 6,6 v. H. Im März 1928 ergab sich für den damaligen Umfang der Erhebung eine Kaufkraftsteigerung gegenüber der Vorkriegszeit um 5,7 v. H.

Drohende Gefahren.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht die organisierte Arbeiterbewegung vor äußerst schweren Entscheidungen. Das organisierte Unternehmertum fühlt sich offenbar stark genug, den Hauptschlag gegen die Gewerkschaften zu führen. Seit langer Zeit werden ganze Kübel voll Draufschwärze für die Unternehmerpresse verwandt, um der Regierung und der breiten Öffentlichkeit den Nachweis zu liefern, daß die langandauernde schwere Wirtschaftskrise lediglich durch die unglückselige Tarifpolitik der Gewerkschaften verursacht worden ist, darum muß die Forderung des Tages lauten: Herabsetzung der Löhne und Gehälter, Zerschlagung der Tarifverträge, Vernichtung der Gewerkschaften, Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer auf die niedrigste Stufe der Menschheit.

Um dies Ziel zu erreichen, wird seitens der Unternehmer kein Mittel gescheut. Um die Sache etwas schmachtender zu machen, wird sogar die Wissenschaft vor den reaktionären Wagen gespannt. Der Siegener Professor Dr. E. Horneffer verzapft sein geistiges Produkt seit Jahren auf allen Unternehmertagungen, er ist der erklärte Liebling der reaktionären Unternehmer, lieber den Arbeitslohn bringt diese „Leuchte“ der Wissenschaft folgenden Erguß:

„Ich behaupte, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter grundsätzlich, im wesentlichen, im großen ganzen sich überhaupt nicht ändern läßt, daß sich die Arbeiter mit dieser ihrer wirtschaftlichen Lage, d. h. mit einem Lohnsatz, der nur gerade ihr Leben fristet, mit dem sie nur die allernotwendigsten, dringlichsten, unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse decken können, ein für allemal abfinden müssen, daß eine grundsätzliche Veränderung ihrer wirtschaftlichen Stellung, eine Emporhebung auf einen wesentlich anderen, besseren Stand der wirtschaftlichen Bedingungen nie und nimmer geschehen kann, daß dieser Wunsch für alle Zeiten unerfüllbar ist. Das Gegenteil zu glauben und zu erstreben, nämlich eine grundsätzliche, wesentlich verbesserte Lebenslage zu gewinnen, ist eine trügerische Einbildung, ein überaus schädlicher Selbstbetrug, der über die Arbeiterschaft das schwerste Verbrechen heraufbeschwört, Not und Elend über sie verhängen muß. Es mag grausam klingen, derartiges hören zu müssen, ich kann aber diese herbe Wahrheit nicht unterdrücken, weil sie Wahrheit ist. Ein Lohnsatz, der nur eben zureicht, das Leben aufrecht zu erhalten, und die unvermeidbaren, unumgänglichen Lebensnotwendigkeiten zu erfüllen, ist das unabänderliche, unabwendbare Los der Arbeiter, das keine Macht der Welt jemals umgestalten kann, ist ihr dauerndes chernes Schicksal, das sie, wollen sie überhaupt leben bleiben, willig oder unwillig anerkennen und hinnehmen müssen. Es gibt keinen Ausweg. Diese ehernen Notwendigkeiten kann niemand durchbrechen und abstellen, am wenigsten die Arbeiter selbst. Und darum müßt es nicht das Geringste, sich dagegen zu empören und aufzubaumen, nützt es auch nichts, ewig an dem Lohn herumzuzerren, um ihn doch, und sei es auch nur um ein ganz Geringes, zu steigern. Es nützt aber nichts... Die wirtschaftliche Lebensstellung der Arbeiter ist und bleibt ein für allemal in den Kreis des gerade noch Erträglichen, des unbedingt Lebensnotwendigen und Unentbehrlichen festgebannt. Das ist das Schicksal des Arbeiters, das er nicht abschütteln kann. Er muß sich diesem Schicksal beugen. Jede Auflehnung dagegen fällt mit noch größerer Schädigung auf ihn selbst zurück.“

„Diese Erklärungen müssen nun allerdings einen wahrhaft trostlosen Eindruck machen. Indessen, zunächst ist zu ergänzen: der einzelne Arbeiter kann selbstverständlich seine Lebensstellung erhöhen und verbessern. Durch Fleiß, Kühnheit, namentlich durch größte Bedürfnislosigkeit kann er in andere Berufsstellungen mit breiterer wirtschaftlicher Grundlage übergehen und emporkommen. Täglich wiederholen sich solche Fälle. Keinem, der die innere Anlage und Kraft hat, ist der Weg zu höheren Leistungen und damit zu erweiterter Lebenslage versperrt. Und wenn der einzelne Arbeiter infolge der Zwangslage der äußeren Umstände persönlich einen solchen Aufstieg nicht vollziehen kann, trotz guter Fähigkeiten, so kann

er doch begabten und schätzbaren Kindern, die Fleiß mit sittlicher Selbstzucht verbinden, den Weg freimachen und erleichtern, um diesen Aufstieg im nächsten Geschlecht zu erklimmen. Tausendfach sehen wir diesen Aufstieg gelingen. . . Der einzelne Arbeiter ist also nicht für immer an seine enge Lebenslage gekettet. Der Arbeiter aber als Stand, die Arbeiterschaft als soziale und wirtschaftliche Gruppe und Schicht ist an die Lebenshaltung mit den nur gerade zulängenden Einkünften, die das dringlichste Erfordernis des Lebens erfüllen, für immer und unabänderlich gebunden. . .

Wenn die Arbeitnehmer diese Zeilen lesen, müssen sie die Frage aufwerfen, ob das Leben unter diesen Umständen noch irgend einen Wert hat? Wenn diese Zeilen von einem geschriebenen wären, der früher Sklavenhalter gewesen und jetzt der Summiste entsprungen ist, könnte man es noch verstehen. Das Jüchsterlichste ist ja der Umstand, daß diese Auffassung von einem Professor der Universität Gießen vertreten wird. Man stelle sich vor, was aus den jungen Leuten werden soll, die dem Lehrstuhl dieser „wissenschaftlichen Leuchte“ unterstellt sind. Sollte sich der Kultusminister diesen Mann nicht etwas näher ansehen?

Solche Anschauungen stehen leider nicht vereinzelt da, es liegt ihnen in der Sache. Die Unternehmer haben jetzt den Zeitpunkt für gekommen, den Lebensstandard auf das Niveau des Mittelalters zurück zu werfen. Die Gefahr ist groß, man sollte dieselbe von Arbeitnehmerseite keineswegs unterschätzen. Wir dürfen nicht übersehen, daß die langandauernde Krise wie ein lähmendes Nicker die Widerstandskraft der Arbeitnehmer hart untergraben hat, die Unternehmer gewaltige Summen gespart haben, um eine politische und wirtschaftliche Zersplitterung innerhalb der Arbeiterbewegung herbeizuführen. Die Gefahr kann nur gebannt werden, wenn die Arbeitnehmerschaft sich ihrer alten Tradition entsinnt. Der jahrzehntelange Kampf der Arbeitnehmerorganisationen darf nicht umsonst geführt worden sein. Die Organisationen sind aus der Not der Zeit geboren und haben sich zu einem Machtfaktor entwickelt, der heute trotz der jetzigen Krise noch achtunggebietend dasteht. Wir haben jedoch alle Ursache, den Zersplitterungsbestrebungen mit aller Kraft entgegenzutreten. In der geschlossenen Front sämtlicher Arbeitnehmer in Stadt und Land liegt eine Macht und Stärke, die von keiner wissenschaftlichen Leuchte, von dem reaktionärsten Unternehmertum nicht übertrunden werden kann. Die Arbeitnehmer haben daher das größte Interesse daran, die Einheitsfront der Arbeitnehmer in jeder Weise auszubauen.

Arbeitszeit in der Holzindustrie.

Das Reichsarbeitsministerium hatte die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände aus den Bezirken Rheinland, Westfalen, Lippe-Deimold, Baden und Württemberg zum Freitag, den 27. November zu einer Besprechung geladen. Hier sollte die Frage gebrüst werden, ob und inwieweit von der Reichsregierung durch die zweite Notverordnung vom 5. Juni 1931 erteilten Ermächtigung zur Einschränkung der Arbeitszeit im Holzgewerbe Gebrauch gemacht werden sollte.

Der Vorsitzende, Ministerialdirigent Dr. Feig wies einleitend auf den Zweck der Besprechung hin und betonte besonders, daß vielfach Klagen über geleistete Ueberstunden eingegangen sind und vertrat hierbei den Standpunkt, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit zu erwägen sei, durch ein generelles Ueberarbeitsverbot die Klagen zu beseitigen. Die Reichsregierung könne nach der Verordnung die Arbeitszeit für einzelne Industrie- und Gewerbegruppen bis auf 40 Stunden herabsetzen. Sie könne die tarifliche Mehrarbeit von einem besonderen Genehmigungsverfahren abhängig machen. Auf Grund der verlangten und geleisteten Ueberarbeit ist die Frage der besonderen Genehmigungsfrist für tarifliche Ueberstunden in der Holzindustrie zu prüfen.

Nach einer lebhaften Auseinandersetzung über den räumlichen Geltungsbereich und den Begriff Holzindustrie wurde seitens der Arbeitnehmervertreter mit aller Schärfe hervorgehoben, wie man angesichts der großen Not unter den Holzarbeitern und der geradezu katastrophalen Lage im Holzgewerbe noch Ueberstunden zulassen könne. Besonders wurden gleichzeitig die unzulänglichen Mittel und Machtbefugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten scharf kritisiert.

Die Vertreter der Arbeitgeberverbände brachten zwar auch zum Ausdruck, daß auch sie jede Leistung von nicht besonders dringlichen Ueberstunden mißbilligen, doch lassen sich dieselben nicht immer vermeiden.

Der Vorsitzende richtete an die erschienenen Vertreter die dringende Bitte, sie bei vorkommenden Beschwerden hinsichtlich der Ueberzeitarbeit in den Bezirken nach Möglichkeit zu verhandeln.

Da die Einladungen nur an einzelne Bezirke erging, wurde ein Gesamtbild über den Umfang der geleisteten Ueberstunden im ganzen Holzgewerbe nicht festgestellt werden, so daß die Beurteilung nicht das gewünschte Resultat erzielte. Ob seitens des Reichsarbeitsministeriums weitere Schritte unternommen werden, entzieht sich unserer Kenntnis.

Gemeinsamer Aufruf der Spitzen-gewerkschaften.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben sich in gemeinsamen Besprechungen mit der politischen und wirtschaftlichen Lage eingehend beschäftigt. An den Besprechungen waren beteiligt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der A.F.B., der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (A.D.B.), der Deutsche Beamtenbund (D.B.B.), der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich) und der Gewerkschaftsring (S.-D.).

Die Spitzenverbände wenden sich mit folgender gemeinsamer Erklärung an die Öffentlichkeit:

In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Sie haben die Erschütterungen des internationalen Kreditwesens herbeigeführt.

Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredites ist die zentrale, wirtschaftliche und politische Aufgabe.

Die Reparationslasten haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die Beruhigung der inneren Lage Deutschlands notwendig. Die große Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiten in Deutschland den Boden vor für die Verzweiflungstimmung, die dem heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt. Es sind zumeist die ärmsten Söhne des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampf fallen, blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaft zusammenwirken könnte, Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend Verständnis füreinander wecken sollte.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten verurteilen diesen volkszerstörenden Bruderkampf und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, daß die innerpolitischen Auseinandersetzungen ausschließlich mit geistigen Waffen geführt werden.

Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen Verantwortungsbehafteten, Mut und Besonnenheit bewahrt haben, und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt!

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Der Ortsverband der deutschen Gewerkschaften (S.-D.) Breslau hielt am 18. November 1931 seine diesjährige Generalversammlung im Kaufmannshaus ab. Nach der Verlesung des Protokolls und Entgegennahme des Kassenberichts gab der Geschäftsführer Baal einen eingehenden Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß der Ortsverband seinen Verpflichtungen im weitesten Maße gerecht geworden ist. Ganz besonders wurde der fortschreitenden Arbeitslosigkeit größte Aufmerksamkeit geschenkt, die in besonderen Versammlungen ihren Ausdruck gefunden haben. Der Redner verlangte mehr Unterstützung der angeschlossenen Berufsgruppen. Die Jugendbewegung soll in Zukunft mehr wie bisher gefördert werden. Es war möglich, zum Arbeitsgericht einen Arbeitsrichter neu zu entsenden. Im Einspruchsausschuß des Breslauer Wohlfahrtsamtes fungieren 2 Kollegen die insgesamt 50 Sitzungen wahrgenommen haben. 1932 sollen die Wahlen der Ausschussmitglieder für die Allgemeine Ortskrankenkasse stattfinden. Die Vorbereitungen sind bereits getroffen. Auf dem Reichsjugendtag des S.D., war auch unsere Jugend vertreten. Den gewerkschaftlichen Kursus in Münster a. St. haben 2 Kollegen besucht. Im Berichtsjahr haben stattgefunden: 1 Schallplattenkonzert und drei Konzerte für Erwerbslose, 4 Besichtigungen und 2 Bildungsfahrten. Versammlungen und Sitzungen haben stattgefunden: 12 Erwerbslosenversammlungen, 2 besondere Vortragsabende, 5 Vertreterversammlungen und 7 Vorstandssitzungen. Außerdem nahmen die Vertreter zum Gewerkschaftsring an 11 Ringerversammlungen teil. An Posteingängen waren 69 und an Ausgängen 159 zu verzeichnen. Kollege Baal bespricht dann Arbeiten für das laufende Geschäftsjahr. Die Gemeinschaftsarbeit soll weiter gefördert werden. Agitatorische Maßnahmen sind bereits in Vorbereitung. Zur Heranbildung des Nachwuchses sollen Diskussionsabende eingeführt werden. Viel mehr noch als bisher müsse die Anteilnahme der Mitglieder an allen gewerkschaftlichen Versammlungen sein. Den Unternehmern, welche die völlige Vernichtung der Gewerkschaften wollen, müsse die vereinte Kraft der Mitglieder gegenüber gestellt werden. Mehr Aktivität und intensivste Arbeit sind die Aufgaben für die Zukunft.

Nach dem Geschäftsbericht sprach der Kollege Stodhinger vom Gewerbeverein der Metallarbeiter über das Thema: „Kapital und Arbeit“. Ausgehend von der

Zunahme schließt Redner alle Phasen der Entwicklung bis auf den heutigen Tag. Er bespricht das Aufkommen der Gewerkschaften, die Einführung der Maschinen und behandelt die Entstehung der Gewerkschaften. Die Gründung der deutschen Gewerkschaften 1868 fiel in eine Zeit politischer und wirtschaftlicher Umgestaltung. Die Vorläufer der deutschen Gewerkschaftsbewegung waren die Arbeiterbildungsvereine, in denen Hirsch und Bebel wirkten. Im Jahre 1905 wurden die großen Arbeitgeberverbände gebildet, die es sich zur Aufgabe gesetzt hatten, das Vorbringen der Arbeitnehmerorganisationen zu verhindern. Immer mehr und mehr geht nun die Zusammenballung des Kapitals vor sich. Im Jahre war es noch möglich, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmerorganisationen zu schließen. Diese wurde aber bald auf das Drängen der Gewerkschaften wieder aufgehoben. Heute tobt der Kampf der Arbeitgeber in verschärfter Form gegen die Arbeiterschaft. Die Lage in Harzburg bildet eine einzige Kampfanlage. Hier waren alle Feinde der Arbeiterschaft vertreten und handelt es sich hier um einen Kampf beider Fronten. Der Redner bespricht dann die fortschreitende Verelendung der Arbeiterschaft und fordert, daß Schluß gemacht wird mit der falschen Wirtschaftspolitik. Die Ausführungen beider Redner fanden nach einer kurzen Aussprache ihren Niederschlag in der Annahme folgender Entschlüsse:

„Die am 18. November 1931 stattgefundene Generalversammlung des Ortsverbandes der deutschen Gewerkschaften (S.-D.) stellt hiermit erneut fest, daß die Arbeitnehmerschaft aller Berufe am schwersten durch die Krise betroffen worden ist. Dadurch ist eine solche Kaufkraftzerstörung eingetreten, daß, wenn mit dieser falschen Wirtschaftspolitik nicht bald Schluß gemacht wird, Staat und Wirtschaft in den Abgrund getrieben werden. Trotzdem geht das Unternehmertum weiter in einer rücksichtslosen Schärfe gegen die Arbeiter vor, mit dem Ziel, die Gewerkschaften völlig zu zerschlagen und zu vernichten. Alle Arbeitnehmer werden auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht.“

Mit Genugtuung nimmt die Versammlung davon Kenntnis, daß die drei Spitzenorganisationen der Gewerkschaften endlich den Weg zur Gemeinschaftsarbeit gefunden haben. Dabei darf es aber nicht bleiben. Die Gewerkschaften müssen aus ihrer Letzgarie heraus. Sie dürfen das Feld nicht den politischen Parteien überlassen, sondern müssen selbst große öffentliche Kundgebungen veranstalten, um aufzuzeigen, wie der Kampf geführt werden muß.

Die Versammlung fordert weiter engste Zusammenarbeit aller Gewerkschaftsorganisationen mit folgenden Zielen: Anerkennung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmer; planmäßige und großzügige Arbeitsbeschaffung, ausgleichende Arbeitszeitverkürzung, gesetzliche Maßnahmen zur weiteren Sicherung der Währung, Bekämpfung der Kapitalflucht, Senkung der Lebenshaltungskosten, Kontrolle der Produktionsmittel, ebenfalls der Preisbildung der Monopole. Die Versammlung fordert, daß überhaupt Schluß gemacht wird mit dem Raubbau, der mit der Arbeiterschaft getrieben wird.“

Die Vorstandswahl ergab folgendes: 1. Vorsitzender Fritz Müller, 2. Vorsitzender Karl Lukas; Schriftführer Margarete Springer; Kassierer Hermann Zimmer; Beisitzer Paul Schäfer, Wilhelm Laqua, Erich Jenisch. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige Fragen beantwortet. Hierauf Schluß der Versammlung.

Versammlungskalender.

Ortsverband Breslau. Wir bitten alle erwerbslosen Mitglieder an der am Dienstag, dem 15. Dezember 1931, nachm. 3 Uhr stattfindenden Arbeitslosenversammlung im Kaufmannshaus teilzunehmen.

Der Erwerbslosenausschuß.

Ortsverein Berlin Süd-Ost.

Monats-Versammlung

am Sonnabend, dem 9. Januar 1932, abends 8 Uhr im Vereinslokal Ewalds Vereinshaus, Skalitzer Straße 126

Vortrag des Kollegen Schumacher

Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Sprechmaschinen-Laufwerke

Schallplatten, Metalltonführungen usw. zum Einbauen, verl. Sie Preisliste und Einbauanweisung.

M. Bopp, Hanau a. Main, Huttenstraße 3.

Pünktliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 5.—11. Dez. ist die 49. Woche fällig
Für die Woche vom 12.—18. Dez. ist die 50. Woche fällig
Für die Woche vom 19.—25. Dez. ist die 51. Woche fällig